

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 25.04.2023**

**18. Bremer Solidaritätspreis 2023**

**A. Problem**

Der Bremer Solidaritätspreis wird alle zwei Jahre vom Senat der Freien Hansestadt Bremen verliehen. Er soll eine Ermutigung für Personen oder Initiativen sein, die sich in besonderer Weise für die Überwindung von Ungerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis und der Folgen von Kolonialismus und Rassismus sowie für Demokratie und Menschenrechte einsetzen.

Mit dem Preisgeld in Höhe von € 10.000.- wird eine Plastik des Bremer Bildhauers Bernd Altenstein überreicht, die das Märchen der Bremer Stadtmusikanten auf seinen Kern zurückführt und als Symbol für die Stärke solidarischen Handelns aufgreift. Zur Vorbereitung der Verleihung des Bremer Solidaritätspreises hat der Senat durch Beschluss vom 07.03.1989 ein unabhängiges Kuratorium eingesetzt, das gemeinsam aktuelle Themensetzungen für die Ausschreibungen zum Solidaritätspreis entwickelt sowie die eingehenden Nominierungen bewertet und dem Senat Vorschläge für würdige Preisträger\*innen unterbreiten soll.

Die Ausschreibungen zu den Solidaritätspreisen haben jeweils einen thematischen Schwerpunkt, der entwicklungspolitische Herausforderungen und aktuelle globale Problematiken aufnimmt. Beim 18. Bremer Solidaritätspreis steht das Engagement von Personen oder Initiativen im Vordergrund, die sich vor Ort in Ländern des Globalen Südens mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetzen und gleichzeitig die globale Dimension der Klimagerechtigkeit sichtbar machen und einfordern.

Auszug aus dem Ausschreibungstext:

*„Mit dem 18. Bremer Solidaritätspreis sollen daher zivilgesellschaftliche Initiativen oder einzelne Personen ausgezeichnet werden, die sich in ihrem Kampf um eine selbstbestimmte, nachhaltige Entwicklung in ihren Ländern auch mit dem globalen Kontext des Klimawandels auseinandersetzen, die innovative und kreative Lösungen aufzeigen und vor Ort Veränderungen bewirken. Der Aspekt der Klimagerechtigkeit im Sinne eines fairen Ausgleichs für die hauptsächlich von den Industrieländern verursachten Schäden sollte dabei eine wichtige Rolle spielen.“*

(vollständiger Ausschreibungstext siehe Anlage 1)

Nach Würdigung der dreizehn eingegangenen Vorschläge plädiert das Kuratorium einvernehmlich für einen Vorschlag, der dem Senat hiermit unterbreitet wird.

Die Verleihung des 18. Bremer Solidaritätspreises wird für Herbst 2023 vorgesehen.

## **B. Lösung**

Das Kuratorium unterbreitet dem Senat den folgenden Vorschlag (siehe Anlage 2):

Vergabe des 18. Bremer Solidaritätspreises an

### **Frau Hamira Kobusingye aus Uganda**

Eine ausführliche Begründung des Kuratoriums ist dieser Vorlage beigelegt (siehe Anlage 3).

In Uganda sind schon heute die Auswirkungen des Klimawandels allgegenwärtig. Zwar trägt das Land im internationalen Vergleich nur unbedeutend zu den klimaschädlichen Emissionen bei, jedoch zerstören Trockenheit und Starkregenereignisse die Lebensgrundlage für viele Menschen im ländlichen Raum und sorgen für starke Migrationsbewegungen in die Städte.

Hamira Kobusingye wurde schon in ihrer Kindheit für das Thema Gesundheit von Frauen und Kindern sensibilisiert. Während der Durchführung eigener Projekte, musste sie am eigenen Leib erfahren, welchen negativen Einfluss der Klimawandel auf die Gesundheit und Lebensgrundlage der Menschen haben kann. Durch weitere

Recherchen zum Thema konnte sie ein Gefühl für die globale Perspektive des Klimawandels entwickeln. Inspiriert von anderen lokalen Aktivist\*innen wie Vanessa Nakate begann sie sich für Klimagerechtigkeit und gegen den Ausbau der Erdölförderung zu engagieren. Neben der Vernetzung mit gleichgesinnten Menschen aus anderen afrikanischen Ländern durch das „Rise Up Movement“ entstand auch ein Austausch mit internationalen Klimaaktivist\*innen der „Fridays for Future“ Bewegung. 2022 konnte Hamira Kobusingye mit weiteren Klimaaktivist\*innen aus Uganda ihr Anliegen auch auf verschiedenen nationalen und internationalen Konferenzen und dem G7-Gipfel vortragen. Gleichzeitig bestärkte sie ihre Forderung an die westlichen Industrienationen die Verantwortung für ihre Rolle als Verursacher des Klimawandels zu übernehmen und die Länder des globalen Südens mit einer gerechten Klimapolitik auf dem Weg zu einer nachhaltigen und lebenswerten Zukunft zu unterstützen.

### **C. Alternativen**

Das Kuratorium hat sich entschieden, dem Senat diese eine Kandidatin vorzuschlagen, da Hamira Kobusingye es schafft, lokales Engagement in einen globalen Kontext zu setzen und gleichzeitig einen eigenen Schwerpunkt zum Thema Klimagerechtigkeit setzt. Sie steht stellvertretend für eine ganze Generation junger Aktivist\*innen aus dem globalen Süden, die weltweit gut vernetzt sind und sich gemeinsam für eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft einsetzen.

Sollte der Senat dem Vorschlag des Kuratoriums nicht folgen, würde das Kuratorium in einer weiteren Sitzung die Nominierungen erneut bewerten und einen anderen Vorschlag erarbeiten.

### **D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen**

Für durch die Preisverleihung entstehende Kosten sind Mittel im Haushalt der Senatskanzlei 2022/2023 eingeplant. Der Solidaritätspreis ist mit 10.000 Euro dotiert, die sich aus Mitteln der Senatskanzlei und der privaten R+R-Reinke-Stiftung speisen.

Das Kuratorium hat die Gender-Frage seit Stiftung des Solidaritätspreises in Ausschreibung und Empfehlung stets berücksichtigt. Insgesamt wurden mehr Frauen als Männer ausgezeichnet; dies spiegelt das große Engagement von Frauen auf den

für den Preis relevanten Gebieten und ihre besondere Rolle in Friedens- und Versöhnungsprozessen sowie im sozialen Bereich wider. Auch für den 18. Bremer Solidaritätspreis wird eine Frau als Preisträgerin vorgeschlagen.

### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Nicht erforderlich

### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Zur Veröffentlichung erst im Zuge der Preisverleihung geeignet.

### **G. Beschluss**

Der Senat beschließt, den 18. Solidaritätspreis auf Vorschlag des Kuratoriums an Frau Hamira Kobusingye zu vergeben.

### **Anlagen**

- Anlage 1 - Ausschreibungstext zum 18. Bremer Solidaritätspreis
- Anlage 2 - Nominierung Hamira Kobusingye
- Anlage 3 - Begründung des Kuratoriums zur Vergabe des 18. Bremer Solidaritätspreises

**AUSSCHREIBUNG**  
**ZUM 18. BREMER SOLIDARITÄTSPREIS 2022**  
**- GLOBALE KLIMAGERECHTIGKEIT -**



Der Bremer Solidaritätspreis wird alle zwei Jahre vom Senat der Freien Hansestadt Bremen verliehen. Er ist dank einer privaten Zustiftung mit 10.000 € dotiert und soll Personen und Initiativen ermutigen und würdigen, die sich für Menschenrechte und Demokratie sowie gegen die Folgen von Kolonialismus und Rassismus einsetzen.

**In diesem Jahr steht der Bremer Solidaritätspreis im Zeichen der globalen Klimagerechtigkeit. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen will mit diesem Preis zivilgesellschaftliches Engagement würdigen, das zum Erreichen globaler Klimagerechtigkeit beiträgt.**

Dies ist eine der zentralen ethisch-politischen Herausforderungen der Menschheit. Der Verlust von Biodiversität und fruchtbarem Land, Wüstenbildung und Überschwemmungen sind mittlerweile überall zu spüren. Sie führen in vielen Ländern zu Ressourcenkonflikten und zum Verlust der Lebensgrundlagen und sind somit eine Ursache für Flucht und Migration. Der Klimawandel kann nur gestoppt werden, wenn die Industrienationen als Hauptverursacher des Klimawandels in gemeinsamer Verantwortung zu einer umfassenden ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformation bereit sind.

Die Weltgemeinschaft hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen und mit Ziel 13 der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) dazu verpflichtet, umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen zu ergreifen. Die Maßnahmen der Industrieländer im Kampf gegen den Klimawandel benachteiligen jedoch wiederum besonders die Länder des Globalen Südens. Globale Klimagerechtigkeit bedeutet somit auch immer die Anerkennung der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung für die Auswirkungen des Klimawandels. Nur so kann die Bewältigung des Klimawandels langfristig, friedlich und konsensorientiert erfolgen. Es gilt, einen Interessensausgleich zu finden, zwischen den lokalen, nationalen und internationalen Bedürfnissen und Notwendigkeiten sowie zwischen den verschiedenen Akteursgruppen, um ein friedliches Miteinander zu sichern und Generationengerechtigkeit zu erreichen. Dies schließt auch das Recht auf ein selbstbestimmtes, nachhaltiges Wirtschaftswachstum des Globalen Südens ein, bei gleichzeitigem Schutz der globalen Gemeingüter und einer nachhaltigen Nutzung von Rohstoffen.

Im Sinne der globalen Klimagerechtigkeit geht es daher um eine weltweite Veränderung des ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Handelns und um eine weltweite Energiewende. Der Schutz der natürlichen Ressourcen wie Regen- und Urwälder sowie der Biodiversität darf dabei nicht nur der Kompensation der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industrieländer dienen, sondern muss im Einklang mit einer nachhaltigen Entwicklung in den Ländern stehen.

Mit dem 18. Bremer Solidaritätspreis sollen daher zivilgesellschaftliche Initiativen oder einzelne Personen ausgezeichnet werden, die sich in ihrem Kampf um eine selbstbestimmte, nachhaltige Entwicklung in ihren Ländern auch mit dem globalen Kontext des Klimawandels auseinandersetzen, innovative und kreative Lösungen aufzeigen und vor Ort Veränderungen bewirken. Der Aspekt der Klimagerechtigkeit im Sinne eines fairen Ausgleichs für die hauptsächlich von den Industrieländern verursachten Schäden sollte dabei eine wichtige Rolle spielen.

Gesucht werden Akteurinnen und Akteure aus dem Globalen Süden, die sich für eine globale Klimagerechtigkeit einsetzen, sich um die Vermittlung dieser komplexen Sachverhalte bemühen und durch Information und Verhandlung einen gesellschaftlichen Konsens unterstützen sowie den Brückenschlag zu einer gemeinsamen, global nachhaltigen Lösung suchen.

Die Auszeichnung ist auch mit der Absicht verbunden, dass die so geschaffene Öffentlichkeit einen Beitrag zum Schutz der Preisträgerin / des Preisträgers leisten kann.

**Begründete Vorschläge für mögliche Preisträgerinnen und Preisträger können bis zum 31. Juli 2022 an folgende Anschrift gesendet werden:**

Geschäftsführung des Kuratoriums zum Bremer Solidaritätspreis  
c/o Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen  
z.Hd. Frau Silke Goethe  
Am Markt 21  
28195 Bremen  
E-Mail: [silke.goethe@sk.bremen.de](mailto:silke.goethe@sk.bremen.de)



Weitere Informationen zum Bremer Solidaritätspreis finden Sie unter:  
[www.rathaus.bremen.de/solidaritaetspreis](http://www.rathaus.bremen.de/solidaritaetspreis)

## Vorschlag 11

### Hamira Kobusingye

#### Uganda

#### **Einsatz für Umweltschutz und Klimagerechtigkeit mit Fokus auf genderspezifische Auswirkungen des Klimawandels**

#### **Vorgeschlagen von: Lea Dehning, Projekt *Locals United* der BUNDjugend**

Uganda gehört zu den Ländern, die im internationalen Vergleich nur geringe CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Länder im Globalen Süden wie Uganda tragen dabei bereits die Hauptlast der Klimakrise. Anhaltende Dürren, überflutete Städte und schwindende Ökosysteme entziehen den Menschen ihre Lebensgrundlage. Frauen sind von den Folgen der Klimakrise besonders betroffen, insbesondere, weil sie strukturell und sozial benachteiligt sind und in der Regel über weniger Einfluss verfügen. Trotz dieser Hürden gibt es in Uganda eine wachsende Zahl von vor allem jungen Frauen, die gegen die fortschreitende Klimakrise kämpfen.

Eine dieser Frauen ist Hamira Kobusingye, eine Klima- und Gesundheitsaktivistin aus Uganda. Aufgewachsen ist sie in Kireka, einem armen Vorort von Kampala, der Hauptstadt Ugandas. Durch die Arbeit ihrer alleinerziehenden Mutter als HIV-Beraterin kam Hamira Kobusingye schon früh mit Fragen der Gesundheit und der sozialen Gerechtigkeit in Berührung. Zunächst engagierte sie sich bei einer Nichtregierungsorganisation, die Frauen dabei unterstützt, ihr eigenes Gemüse anzubauen, um durch die Selbstversorgung das nötige Geld für die Schulgebühren aufbringen zu können. Dort merkte sie schnell, welche Auswirkungen der Klimawandel und lange Dürreperioden auf das Projekt haben, da sie wiederholt mit dem Verlust von Pflanzen konfrontiert waren. Aus diesem Grund fing sie an, sich für das Klima zu engagieren, da ihr diese Erfahrung zeigte, dass auch das ambitionierteste Projekt durch die schon heute spürbaren Auswirkungen des Klimawandels scheitern kann. Durch die Erfahrungen in ihrer Kindheit und in späteren Projekten hat sie einen speziellen Blick auf die Herausforderungen des Klimawandels für Frauen und Mädchen. Daher setzt sie sich dafür ein, dass geschlechtsspezifische Maßnahmen und Lösungen für den Klimawandel im Mittelpunkt von Klimakonzepten und -strategien stehen sollten. Sie sensibilisiert für den Klimawandel und den Klimaschutz und setzt sich in den sozialen Medien dafür ein, so viele Menschen wie möglich zu erreichen. Inspiriert durch die ugandische Klimaaktivistin und Gründerin des *Rise Up Movements* Vanessa Nakate, fing sie an, auf den Straßen Kampalas zu streiken. Bei weiteren Nachforschungen zu Auswirkungen des Klimawandels in anderen afrikanischen Ländern stieß sie auf die hohe Rußbelastung im Nigerdelta in Nigeria, die durch illegale Ölraffination verursacht wird. Der giftige Ruß wird mit Bronchitis in Verbindung gebracht und steht im Verdacht, Krebs zu verursachen. Als sie erfuhr, dass auch in Uganda eine solche Ölförderung geplant ist, entschloss sie sich dazu, sich auch aktiv für den Klimaschutz einzusetzen.

Mit ihrem Engagement möchte sie vor allem den Bau der *East African Crude Oil Pipeline* (kurz EACOP, *Ostafrikanische Erdölpipeline*) verhindern, die zwischen Uganda und Tansania gebaut werden soll. Heute ist Hamira Kobusingye Mitglied von *Fridays for Future MAPA* (Most Affected People and Areas), ein Zusammenschluss junger Klimaaktivist:innen aus den vom Klimawandel am stärksten betroffenen Regionen des globalen Südens. Sie ist auch Teil des *Rise Up Movements*, welches darauf abzielt, die Stimmen von Aktivist:innen aus Afrika zu verstärken. Zu ihren Aufgaben gehört es, das Bewusstsein für die Bedrohung durch den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen zu schärfen. Darüber hinaus schreibt sie Artikel für die Bewegung und ist auch für die Ausbildung und Sensibilisierung neuer Klimaaktivisten auf dem afrikanischen Kontinent durch regelmäßige Treffen und Erfahrungsaustausch zuständig. Zusätzlich zu den Demonstrationen und der Öffentlichkeitsarbeit arbeitet Hamira Kobusingye weiterhin mit lokalen Frauengruppen zusammen und sensibilisiert die Gemeinden, die möglicherweise von der geplanten Ölpipeline betroffen sind.

Im Juni 2022 reiste Hamira Kobusingye gemeinsam mit einer Gruppe von Klimaaktivist:innen des *Rise Up Movements* aus Uganda etwa einen Monat lang im Rahmen ihrer sogenannten „Klimamobilisierungstour“ durch Europa. Die Gruppe war unter anderem in Schweden bei der Stockholm+50-Konferenz der Vereinten Nationen, bei den Zwischenverhandlungen der Klimakonferenz in Bonn (56. Treffen der Nebenorgane für die Umsetzung „SB56“) und beim G7-Gipfel in Bayern. Dort nahm sie an Demonstrationen teil und vermittelte ihr Anliegen bei Begleitveranstaltungen. Ihre zentrale Forderung an die Länder des Globalen Nordens und die G7-Staaten lautet, Verantwortung für den Klimawandel zu übernehmen und Klimareparationen an die Länder des Globalen Südens zu zahlen, die sie als Industrienationen verursacht haben. Unter dem Motto "G7: Show us the money" fordern sie von den Ländern des Globalen Nordens, endlich Geld für den Klimaschutz im Globalen Süden und solidarische Klimareparationen bereitzustellen. Eine Station auf dieser Klimamobilisierungstour war Berlin, wo sie bei einer Protestaktion für Klimareparationen eine Rede hielt.

Mit der Verleihung des Bremer Solidaritätspreises würde die Arbeit von Hamira Kobusingye gewürdigt und auch die vielfältigen und sich überschneidenden Aspekte des Klimawandels am Beispiel von Gesundheit und Geschlechtergerechtigkeit hervorgehoben. Darüber hinaus würde die Stimme des Globalen Südens, insbesondere Ugandas, in der Debatte über Klimagerechtigkeit mehr Gewicht erhalten und der Forderung nach Klimareparationen durch die Staaten des Globalen Nordens Nachdruck verleihen.



06.03.2023

Ref. 32

## **Begründung des Kuratoriums für den Senat zur Vergabe des 18. Bremer Solidaritätspreises**

**Vorbemerkung:** Der 18. Bremer Solidaritätspreis wurde zum Thema Klimagerechtigkeit ausgeschrieben. Dabei sollten Organisationen und Einzelpersonen aus dem Globalen Süden besonders berücksichtigt werden, die auf lokaler Ebene Bewusstsein für die komplexen Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels schaffen und ihrem Land oder ihrer Region eine Stimme bei den globalen Klimaverhandlungen geben. Die eingegangenen 13 Nominierungen machen deutlich, wie stark schon heute die Auswirkungen des Klimawandels weltweit das Leben der Menschen beeinflussen. Die Personen und Initiativen setzen sich auf vielfältige Art und Weise mit dem Thema auseinander und versuchen lokale Lösungen für globale Herausforderungen zu erarbeiten.

Das Kuratorium hat in einer ersten Sitzung am 30.11.2022 die 13 Nominierungen intensiv diskutiert. Dabei wurde festgestellt, dass viele der nominierten Personen und Organisationen wichtige Beiträge liefern, mit den spezifischen Auswirkungen des Klimawandels in ihrem Heimatland umzugehen. Der globale Bezug und damit das Thema **Klimagerechtigkeit** spielt aber nur bei vier der Nominierungen eine zentrale Rolle im Sinne der Ausschreibung, so dass diese in eine engere Auswahl aufgenommen wurden:

- **Vanessa Nakate** aus Uganda
- **Groupe d'Action Francophone pour l'Environnement (GAFE)** aus Haiti
- **La Ruta del Clima** aus Costa Rica
- **Hamira Kobusingye** aus Uganda

Es wurde daher eine weitere Kuratoriumssitzung am 23.01.2023 beschlossen, bis zu der weiterführende Informationen zu den Nominierungen in der engeren Auswahl eingeholt werden sollten, konkret:

- Die Nominierten **Vanessa Nakate** und **Hamira Kobusingye** stammen beide aus Kampala (Uganda) und bewegen sich in den gleichen Netzwerken. Daher wurden Details zur Beziehung untereinander sowie der Option beide gemeinsam zu nominieren, eruiert.
- Zu **GAFE** aus Haiti wurden weiterführende Informationen zu globalen Beziehungen und zu der Bewertung der Arbeit vor Ort in Haiti angefragt.



- In dem Vorschlag von **La Ruta del Clima** aus Costa Rica lag der Schwerpunkt auf globalem Engagement und Teilnahme an internationalen Konferenzen. Bei Kontakten in Costa Rica und der nominierenden Organisation (Brot für die Welt), wurden weitere Informationen zum lokalen Engagement von Ruta del Clima angefordert.

In der Sitzung am 23.01.2023 hat sich das Kuratorium nach eingehender Beratung und Würdigung der Nominierungen einstimmig auf die Favorisierung einer Nominierung geeinigt. Das Kuratorium schlägt dem Senat der Freien Hansestadt Bremen als Preisträgerin für den 18. Bremer Solidaritätspreis **Frau Hamira Kobusingye aus Uganda** vor.

Davon die Nominierungen von Frau Kobusingye und Frau Nakate zusammenzufassen, wurde abgesehen. Die weiterführende Hintergrundrecherche hat eine große Eigenständigkeit der Projekte von Frau Kobusingye verdeutlicht. Auch mit ihrem Fokus auf genderspezifische Auswirkungen des Klimawandels und damit zusammenhängenden Gesundheitsfragen, hebt sie sich deutlich von Frau Nakate ab. Weiterhin hat Vanessa Nakate in den letzten Jahren eine Vielzahl von Preisen und Auszeichnungen erhalten. Daher wird befürchtet, dass die mediale Aufmerksamkeit von Frau Nakate das Engagement von Frau Kobusingye überschatten könnte.

**Das Kuratorium begründet seinen Vorschlag wie folgt:**

### **Rahmenbedingungen der Ausschreibung**

Der menschengemachte Klimawandel ist eine der zentralen ethisch-politischen Herausforderungen der Menschheit. Der Verlust von Biodiversität und fruchtbarem Land, Wüstenbildung und Überschwemmungen sind mittlerweile überall zu spüren. Sie führen in vielen Ländern zu Ressourcenkonflikten und zum Verlust der Lebensgrundlagen und sind somit eine Ursache für Flucht und Migration. Der Klimawandel kann nur gestoppt werden, wenn die Industrienationen als Hauptverursacher des Klimawandels in gemeinsamer Verantwortung zu einer umfassenden ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformation bereit sind.

Die Maßnahmen der Industrieländer im Kampf gegen den Klimawandel benachteiligen jedoch wiederum besonders die Länder des Globalen Südens. Globale Klimagerechtigkeit bedeutet somit auch immer die Anerkennung der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung für die Auswirkungen des Klimawandels. Im Sinne der globalen Klimagerechtigkeit geht es daher um eine weltweite Veränderung des ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Handelns und



um eine weltweite Energiewende. Der Schutz der natürlichen Ressourcen wie Regen- und Urwälder sowie der Biodiversität darf dabei nicht nur der Kompensation der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industrieländer dienen, sondern muss im Einklang mit einer nachhaltigen Entwicklung in den Ländern stehen.

Mit dem 18. Bremer Solidaritätspreis sollen daher zivilgesellschaftliche Initiativen oder einzelne Personen ausgezeichnet werden, die sich in ihrem Kampf um eine selbstbestimmte, nachhaltige Entwicklung in ihren Ländern auch mit dem globalen Kontext des Klimawandels auseinandersetzen, innovative und kreative Lösungen aufzeigen und vor Ort Veränderungen bewirken. Der Aspekt der Klimagerechtigkeit im Sinne eines fairen Ausgleichs für die hauptsächlich von den Industrieländern verursachten Schäden sollte dabei eine wichtige Rolle spielen.

Gesucht wurden Akteurinnen und Akteure aus dem Globalen Süden, die sich für eine globale Klimagerechtigkeit einsetzen, sich um die Vermittlung dieser komplexen Sachverhalte bemühen und durch Information und Verhandlung einen gesellschaftlichen Konsens unterstützen sowie den Brückenschlag zu einer gemeinsamen, global nachhaltigen Lösung suchen.

### **Rahmenbedingungen für die Arbeit der vorgeschlagenen Preisträgerin**

Uganda verursacht im internationalen Vergleich nur wenig CO<sub>2</sub> Emissionen, doch sind die Auswirkungen des Klimawandels schon jetzt allgegenwärtig. Starkregenereignisse führen zu Überschwemmungen und Erdbeben, die regelmäßig Menschenleben fordern, die Lebensgrundlage besonders der ländlichen Bevölkerung zerstören und zu Migrationsbewegungen führen. Mit dem Bau der „East African Crude Oil Pipeline“ (EACOP) soll Rohöl aus Uganda zur weiteren Verarbeitung nach Tansania befördert und ein wirtschaftlicher Aufschwung der Region erreicht werden. Doch immense Auswirkungen auf Umwelt und Klima, sowie schwere Menschenrechtsverstöße überschatten das Projekt.

Human Rights Watch bewertet die Situation in Uganda als kritisch. Besonders die Entwicklung der letzten Jahre zeigt eine Verschlechterung im Umgang mit Journalisten, Oppositionellen und Menschenrechtsaktivisten. Die letzten Wahlen waren von Unregelmäßigkeiten und Einschüchterungen überschattet und die Ankündigung die bestehenden Vereinbarungen mit dem im Land ansässigen UN Menschenrechtsbüro auslaufen zu lassen, haben im Land wie international für Kritik gesorgt. In diesem Umfeld sind Menschen, die bestehende Missstände

aufzeigen und sich für Veränderungen einsetzen, einer ständigen Bedrohung durch den willkürlichen Staatsapparat ausgesetzt.

### Engagement der Nominierten

Aufgewachsen ist **Hamira Kobusingye** in einem armen Vorort Kampalas, der Hauptstadt Ugandas. Durch die Arbeit ihrer alleinerziehenden Mutter als HIV/Aids-Beraterin, kam sie schon früh mit den Themen Gesundheit und soziale Gerechtigkeit, aber auch den besonderen Herausforderungen für Frauen und Kinder in Berührung. Später engagierte sie sich selbst in einem Projekt, in dem sich Frauen durch Gemüseproduktion und -verkauf eine Lebensgrundlage schaffen sollten. Schon zu diesem Zeitpunkt sorgten Extremwetterereignisse und Trockenheit dafür, dass das gepflanzte Gemüse vertrocknete und die beteiligten Frauen ihre finanzielle Situation trotz großem persönlichen Einsatz nicht verbessern konnten.

Durch dieses einschneidende Erlebnis begann Hamira Kobusingye sich umfassend mit dem Klimawandel auseinander zu setzen. Besonders die gesundheitlichen und ökologischen Folgen großflächiger Kontamination im Nigerdelta bewegten sie dazu, gegen Ölvorhaben im eigenen Land und dem damit verbundenen Bau der East African Crude Oil Pipeline zu protestieren. Zusätzlich steht sie in regem Austausch mit den vom Bau der Pipeline betroffenen Menschen und versucht ihren Bedürfnissen und Ängsten eine Stimme zu geben. Inspiriert von den Aktionen von Vanessa Nakate, schloss sie sich den wöchentlichen Protesten der „Fridays for Future“ Bewegung in Kampala an und wurde eine treibende Kraft hinter dem „Rise Up Movement“, welches besonders junge afrikanische Klima- und Umweltaktivisten vernetzt.

Durch die „Fridays for Future“ Bewegung, konnte sie sich auch auf internationaler Ebene weiter vernetzen. Sensibilisiert für die Rolle der Industrienationen reiste Hamira Kobusingye 2022 mit anderen Klimaaktivist:innen aus Uganda im Rahmen ihrer sogenannten „Klimamobilisierungstour“ einen Monat durch Europa. Bei verschiedenen nationalen und internationalen Konferenzen und dem G7-Gipfel in Bayern forderte sie, dass die Industrienationen als Hauptverursacher des Klimawandels endlich die Verantwortung für ihre Rolle übernehmen. Gleichzeitig sollen aber auch die entsprechenden Mittel und Unterstützungen bereitgestellt werden, um die Auswirkungen des Klimawandels in den Ländern des Globalen Südens zu reduzieren und somit eine Grundlage für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

Hamira Kobusingye schafft es, lokales Engagement gegen eine Ölpipeline und für das Bewusstsein besonders für frauenspezifische Auswirkungen des Klimawandels mit einer



Vernetzung von jungen Klimaschützer:innen in afrikanischen Ländern und Auftritten bei internationalen Veranstaltungen zu verknüpfen. Die klare Forderung an die Industrienationen, endlich die Verantwortung als Hauptverursacher des Klimawandels zu übernehmen, verdeutlicht, dass die Klimagerechtigkeit für die Länder des Globalen Südens ein zentraler Punkt ihres Engagements ist. Hierzu nutzt und gestaltet sie Netzwerke wie das „Rise Up Movement“ und ist in der „Fridays for Future“ Bewegung aktiv. Damit steht sie für eine junge, gut ausgebildete Schicht an Menschen im Globalen Süden, die nicht mehr bereit ist, den Entwicklungen in ihren Ländern tatenlos zuzusehen und sich auch zunehmend international vernetzt. Sie engagiert sich vielfältig dafür, aktiv ihre eigene Zukunft zu gestalten, in der Werte wie Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle spielen.

Die Auszeichnung von Hamira Kobusingye setzt somit ein wichtiges Zeichen, sowohl für sie als Einzelperson aber auch stellvertretend für ihre Generation. Die Ehrung zeigt, dass ihre Anstrengungen wahrgenommen und unterstützt werden und der Senat der Freien Hansestadt Bremen sich seiner globalen Verantwortung bewusst ist.

Weiterhin entwickelt sich die Menschenrechtsslage in Uganda besorgniserregend. Oppositionelle, Journalisten, Minderheiten und Andersdenkende werden willkürlich verfolgt. Vor diesem Hintergrund kann die öffentliche Wahrnehmung durch die Preisverleihung dazu beitragen, Frau Kobusingye vor Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen in ihrem Land zu schützen.